

Welche Zukunft für den Norden Syriens?

Bewaffnete Regierungsgegner lehnen Hilfslieferungen aus Syrien ab. UNO-Sicherheitsrat kann sich nicht entscheiden. Syrien will seine Souveränität zurück und die Grenzen selber kontrollieren

Am 10. Juli 2023 sollte der UNO-Sicherheitsrat darüber abstimmen, ob der türkisch-syrische Grenzübergang Bab al-Hawa weiter für humanitäre Hilfslieferungen aus der Türkei in den Nordwesten der Provinz Idlib geöffnet bleiben soll. Die bisherige Sicherheitsratsresolution 2672 lief aus, zur Fortsetzung der Hilfslieferung war eine neue Resolution erforderlich.

Zwei Resolutionen lagen vor. Die eine forderte zunächst eine Verlängerung der Hilfslieferungen auf zwölf Monate, wurde nach Verhandlungen aber auf neun Monate verkürzt. Rußland war für eine Verlängerung für sechs Monate, betonte aber, daß die Maßnahme auslaufen müsse. Einerseits verletzte sie die Souveränität Syriens, andererseits könne Hilfe innerhalb von Syrien verteilt werden.

Weil am 10.07. keine Einigung zustande kam, wurde die Abstimmung verschoben. Doch auch am 11.07. einigte sich der Sicherheitsrat nicht. Rußland legte gegen den einen Vorschlag (9 Monate) sein Veto ein. USA, Britannien, Frankreich stimmten ihrerseits gegen den Vorschlag von Rußland (6 Monate), der von China unterstützt wurde. Die anderen zehn Länder enthielten sich. Der Tagesordnungspunkt wurde vertagt, der Grenzübergang Bab al-Hawa wurde geschlossen. Rußland, das sein Veto eingelegt hatte, muß das nun vor der UNO-Generalversammlung erklären.

Die Kritik an Rußland innerhalb und außerhalb des UNO-Sicherheitsrates war enorm: die Schweizer Botschafterin, die mit Brasilien den Kompromißvorschlag von neun Monaten eingebracht hatte, zeigte sich enttäuscht und erklärte, man werde sich durch das Veto nicht »von seinen unermüdlichen Bemühungen um eine Lösung abhalten lassen«.

Die US-amerikanische Botschafterin sprach von einem »traurigen Moment für das syrische Volk und für den UNO-Sicherheitsrat« und warf Rußland vor, seiner Verantwortung als UNO-Sicherheitsratsmitglied nicht gerecht geworden zu sein. Rußland müsse sich nun »für das nicht zu rechtfertigende Verhalten rechtfertigen«, es müsse an den Verhandlungstisch zurückkehren. »Leben steht auf dem Spiel«, sagte sie. Die Vertretungen Japans, Albaniens und Britanniens äußerten sich ähnlich.

In seiner Stellungnahme kritisierte der russische Botschafter Wassili Nebensja die Abstimmung als »Show«. Die Resolution mißachte die Interessen der Syrer, der grenzüberschreitende Mechanismus helfe Terroristen, so Nebensja weiter. Syrien werde mit unmenschlichen Sanktionen erstickt. Zudem verletzte die Resolution die Souveränität Syriens.

Ausnahmeregelung beenden

Nach der zweiten gescheiterten Abstimmung der von Rußland vorgelegten Resolution folgten weitere Stellung-



Im UNO-Sicherheitsrat wird endlos über Hilfslieferungen debattiert

(Photo by Michael M. Santiago / Getty Images via AFP)

nahmen. Der chinesische Botschafter, der sich im ersten Wahlgang enthalten und im zweiten Wahlgang zugestimmt hatte, bedauerte, daß der Sicherheitsrat nicht in der Lage gewesen sei, einen Konsens zu finden. Der grenzüberschreitende UNO-Mechanismus sei eine befristete Vereinbarung, die unter ganz bestimmten Umständen zustande gekommen sei, nun aber zu Ende gehen müsse. Der Sicherheitsrat müsse sich mit diesem Mechanismus befassen, und für China sei klar, daß humanitäre Hilfe so eingesetzt werden müsse, daß die Parteien, die de facto den Nordwesten kontrollierten, die Hilfslieferungen nicht behindern könnten.

China setze sich zudem dafür ein, daß Minen geräumt würden und daß die humanitäre Hilfe finanziell gut abgesichert sei. »Dialog und Beratung sind der einzige Weg, um Unstimmigkeiten zu lösen und einen Konsens zu schaffen.«

Der syrische Botschafter verwies auf die humanitäre Lage in Syrien, die sich durch die Erdbeben Anfang Februar verschlimmert habe. Um den Menschen besser und angemessen helfen zu können, müsse die frontlinienüberschreitende Hilfe innerhalb Syriens ebenso ausgeweitet werden, wie die Unterstützung für »frühzeitige Erholungsprojekte« mit denen der Wiederaufbau ziviler Infrastruktur im ganzen Land vorangehen solle.

Minenräumungsprogramme ermöglichten die Rückkehr von Flüchtlingen und Inlandsvertriebenen, sagte der syrische Botschafter. In Richtung der US-amerikanischen Botschafterin fügte er hinzu: »Wer über Tod und Leben in Syrien redet, muß zunächst Sanktionen aufheben.« Eine sechsmonatige Mandatsverlängerung könne genutzt werden, um die Lage zu evaluieren und Lösungen zu finden. Stattdessen werde der grenzüberschreitende Mechanismus genutzt, politischen Druck aufzubauen und Syrien zu erpressen.

Festgefahrene Fronten

Die Fronten sind festgefahren im UNO-Sicherheits-

rat, wenn es um Syrien geht. Die syrische Regierung fordert mit russischer Unterstützung die Wiederherstellung der staatlichen Souveränität Syriens, was die Kontrolle der Außengrenzen ebenso umfaßt, wie das Mitspracherecht und die aktive Beteiligung an der Verteilung von Hilfsgütern im Land. Vor allem die USA und die westlichen Staaten meinen, daß eine Aufhebung der Maßnahme das »syrische Regime« oder »Assad-Regime« stärken.

Rußland legt Vorschläge vor, die von den westlichen Ständigen Mitgliedern im Sicherheitsrat – USA, Britannien und Frankreich – nicht beachtet werden. China positioniert sich zunehmend an der Seite Rußlands und mahnt Dialog und Verhandlungen an, wie Diplomaten es praktizieren sollten.

Sämtliche privaten, staatlichen und halbstaatlichen Hilfsorganisationen, die in die Hilfslieferungen für den Nordwesten Syriens eingebunden sind, lehnen die Positionen Rußlands, Syriens oder Chinas ab und wollen die Wiedereröffnung von Bab al-Hawa möglichst für ein ganzes Jahr oder auch darüber hinaus. Mindestens 50 Hilfsorganisationen seien von diesem Grenzübergang »abhängig«, um medizinische Hilfe von der Türkei nach Idlib zu bringen,

erklärten Ärzte ohne Grenzen (Luxemburg). Weitere 32 Hilfsorganisationen – von der »Aktion gegen den Hunger« über »Mercy Corps« und den Norwegischen Flüchtlingsrat bis »World Vision« – hatten sich mit einem gemeinsamen Schreiben an den UNO-Sicherheitsrat gewandt und die Öffnung des Grenzübergangs für mindestens zwölf Monate gefordert.

Initiative aus Damaskus

Am Mittwoch wurde bekannt, daß der syrische Botschafter Bassam Sabbagh dem UNO-Sicherheitsrat in einem Brief zusicherte, den UNO-Hilfsorganisationen für weitere sechs Monate den Zugang zu Idlib über Bab al-Hawa zu garantieren. Das Schreiben, eine diplomatische Verbalnote, wurde von der Internetplattform »Al Monitor« veröffentlicht. Darin hieß es, die syrische Regierung habe eine »souveräne Entscheidung« getroffen, daß die humanitäre Hilfe für Zivilisten in Nordwestsyrien »in voller Kooperation und Koordination mit der syrischen Regierung« am Donnerstag (13.07.2023) beginnen könne.

Die UNO und ihre Mitarbeiter sollten dabei nicht mit den »Terrorgruppen« und deren »illegalen Verwaltungsstrukturen« kommunizieren,

einschließlich der so genannten »Übergangs- oder Erlösungsregierung«. Zudem wiederhole Syriens Regierung ihre Forderung, daß die Verteilung der humanitären Hilfe in den »von Terroristen kontrollierten Gebieten in Nordwestsyrien vom Internationalen Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) und vom Syrischen Arabischen Roten Halbmond (SARC) beaufsichtigt und unterstützt« werden solle.

Sicherheitsrat tagt erneut

Am Wochenende wurde bekannt, daß OCHA den Vorschlag aus Damaskus als Ausgangsbasis für eine Einigung bezeichnete. In einer Vorabmeldung des UNO-Sicherheitsrates zu einem »Privaten Treffen« des Sicherheitsrates in der Sache am gestrigen Montag hieß es, konkret seien allerdings zwei der in dem Schreiben genannten Bedingungen als »unakzeptabel« zurückgewiesen worden. Die Betonung darauf, daß die UNO nicht mit Gruppen kommunizieren solle, die als »Terroristen« gelistet seien, unterlaufe »die Unabhängigkeit der UNO«. Daß das Internationale Komitee vom Roten Kreuz und der Syrische Arabische Rote Halbmond die Verteilung der humanitären Hilfe im Nordwesten beaufsichtigen und unterstützen sollten, widerspreche ebenfalls der Unabhängigkeit der UNO. Zudem seien beide Organisationen in den betroffenen Gebieten (Idlib) nicht präsent.

Der Inhalt des Briefes werde weiter geprüft, es müsse sichergestellt sein, daß die Verteilung der humanitären Hilfe unter den Prinzipien der Unparteilichkeit und Verpflichtung zur Nichteinmischung der UNO erfolge.

Auf Anfrage der französischen Nachrichtenagentur AFP hieß es bei der IKRK-Delegation in New York, man sei bereit im Rahmen Fähigkeiten der Organisation und mit der Zustimmung aller Parteien zu arbeiten. Die Hilfe, die in Syrien gebraucht werde, sei immens und erfordere einen umfassenden und ungehinderten Zugang.

Es gibt viel zu tun

Viele Syrer stimmen derweil mit den Füßen ab, soweit

es ihnen möglich ist und sie nicht an den Kontrollpunkten entlang der innersyrischen Front- oder Kontaktlinie gestoppt werden. Rund 500 Familien seien in die Dörfer um Khan Scheichun und Tamane im nordöstlichen Teil der Provinz Idlib zurückgekehrt berichtet eine der Autorinnen bekannte Geschäftsfrau aus Damaskus, die in Tamane eine Familie besuchen wollte. Ein Teil der Familie sei bei dem Erdbeben in Idlib ums Leben gekommen, die anderen seien nach Tamane zurückgekehrt und hätten sich in ihren Häusern jeweils ein Zimmer, ein Bad und eine Küche provisorisch eingerichtet, um auf ihren Feldern zu arbeiten und ihre Häuser nach und nach zu renovieren. Die Menschen bräuchten Hilfe, um ihr Leben neu zu organisieren. Eine Schule, eine Krankenstation, Telefonverbindungen, Strom, Wasser, Gas zum Kochen – es sei viel zu tun.

Der grenzüberschreitenden Hilfslieferungen stellen de facto eine Ausnahmeregelung dar, die 2014 in Kraft gesetzt worden war, als die militärischen Auseinandersetzungen in Syrien nahezu alle Teile des Landes erreicht hatten. Damals ging es um die Versorgung der vor dem Krieg fliehenden Zivilbevölkerung. Allerdings nahmen verschiedene bewaffnete Gruppen von Regierungsgegnern die Gelegenheit wahr, um die Organisationen, die Hilfe verteilen wollten, zur Kasse zu bitten.

Das, was von Seiten der westlichen Ständigen Mitglieder im UNO-Sicherheitsrat und vielen europäischen Medien der syrischen Regierung vorgeworfen wird – die Hilfslieferungen zu politisieren – findet tatsächlich in den Gebieten der bewaffneten Regierungsgegner statt, die Verhandlungen mit der syrischen Regierung ablehnen.

Der ehemalige Leiter des UNO-Welternährungsprogramms David Beasley hatte zuletzt auf der Münchner »Sicherheitsratskonferenz« im Februar 2023 deutlich darauf hingewiesen, daß die »Autoritäten im Nordwesten Syriens« frontlinienüberschreitende Hilfslieferungen aus Damaskus blockierten.

Es bleibt abzuwarten, ob, und wenn ja, wie der UNO-Sicherheitsrat bei seinem nicht-öffentlichen Treffen über die Zukunft Idlibs und den Norden Syriens beraten wird. Neben Syrien sollte auch die Türkei teilnehmen, um eine Lösung zu finden.

Alle UNO-Sicherheitsratsresolutionen akzeptieren die Souveränität und territoriale Integrität Syriens. In diesem Rahmen gibt es viele Möglichkeiten, allen Syrern zu helfen, und nicht nur den Menschen im Nordwesten Idlibs, die – freiwillig oder nicht – von Regierungsgegnern kontrolliert werden.

Die Regierung in Damaskus will, daß die Souveränität Syriens umgesetzt und die Spaltung des Landes aufgehoben werden kann. Wie wird der UNO-Sicherheitsrat entscheiden?

Karin Leukefeld, Beirut



Lastwagen mit Hilfsgütern stehen auf der türkischen Seite am Grenzübergang Bab al-Hawa bereit. Ein Entgegenkommen der syrischen Regierung wird von den westlichen Mächten nicht akzeptiert

(Photo by OMAR HAJ KADOUR / AFP)